



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, W. von: Dichtung und Wahrheit in der Marokkofrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

troß allen stolzen Rühmens vom Fortschritt der Zivilisation im schweren Kampf um das Notwendigste alle Kräfte des Leibes und Geistes aufbraucht. Gewiß wird es nie gelingen, alle Menschen zufrieden und glücklich zu machen. Aber sehr wohl ist es möglich, denen, die Not leiden, mehr Erleichterung, mehr Freude am Leben und damit mehr Glück und Zufriedenheit zuzuführen. Zu den besten Mitteln, diesem Ziele näherzukommen, gehört nach meiner Überzeugung eine durchgreifende Reform des Erbrechts und eine durchgreifende Besteuerung der Erbschaften.



Dichtung und Wahrheit in der Marokkofrage

Von W. v. Massow = Berlin



ungefähr ein Jahr ist verflossen, seit der Marokkohan- del für ab- sehbare Zeit zum Abschluß gebracht wurde. Seitdem ist bei uns nicht allzuviel geschehen, um Klarheit über die Frage zu ver- breiten. Die Tageszeitungen haben ihrerseits gewissenhaft und ausgiebig die Ereignisse behandelt und je nach ihrem Standpunkt erläutert und beleuchtet. Aber für den Zeitungsleser der Gegenwart ist es außerordentlich schwer, auf solcher Grundlage ein deutliches Bild von dem gesamten Verlauf der Angelegenheit zu gewinnen. An Stelle des sorgfältig begründeten Urteils, das sich auf eine genaue Kenntnis der Zusammenhänge und einen genügenden Überblick über das Geschehene stützt, tritt nur zu leicht eine Summe von Eindrücken, die weniger aus den Tatsachen selbst als aus der Art ihrer Darstellung in den Tagesberichten stammen und mit dem besonderen Standpunkt der Zeitungen zusammenhängen, aus denen der Leser seine Meinung schöpft. Der größte Teil der nationalen Presse hat aus Gründen, über die noch zu sprechen sein wird, in unserer Marokkopolitik überwiegend eine Kette von Fehlschlägen, Niederlagen, Rückzügen und Demütigungen gesehen. Die Blätter wählten dementsprechend ihre Stellung bei der Berichterstattung, wie es immer geschehen wird, wenn man die Berichte unter dem Gesichtspunkt ansieht, daß man die Regierung zum Einschlagen eines anderen Weges bestimmen möchte. Die gegnerische Presse teilte zwar diesen Standpunkt nicht, aber — stets auf die schärfste Kritik der Regierung eingestellt — sah sie, in Anbetracht des äußeren Eindrucks der Ereignisse im Lande, keine Veranlassung, sich für eine augenscheinlich unvollständige Politik der Regierung ins Zeug zu legen, sondern stellte die Sache gleichfalls so dar, als ob die Marokkopolitik die Ungeschicklichkeit und den Mißerfolg der Regierung klar erwiesen habe. Was

die Regierung selbst zur Aufklärung der Sache tat, kam gegen die herrschende Stimmung nicht recht auf, weil eine umfassende Veröffentlichung urkundlichen Materials aus verschiedenen Gründen nicht empfehlenswert schien, während die Darstellungen, die der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gelegentlich im Reichstag gaben, durch die nachfolgende Preßpolemik ihrer unmittelbaren Wirkung beraubt wurden. Sonstige Veröffentlichungen aber, deren Verfasser gegen den Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen versuchten, wurden, obwohl sie auf guten Informationen beruhten, in der Presse mit der ganzen Verachtung abgetan, die man für sogenannte „offizielle Beschönigungsversuche“ übrig zu haben pflegt. Das Gesamtergebnis ist also, daß bei uns kaum etwas geschehen ist, um die von Augenblicksstimmungen, äußeren Eindrücken und bestimmten Tendenzen beeinflussten Darstellungen der Marokkofrage gründlich nachzuprüfen.

In Frankreich ist man sehr viel eifriger beschäftigt gewesen, die öffentliche Meinung in zusammenhängenden Darstellungen außerhalb der Tagespresse über die Marokkoangelegenheit zu belehren. Eine ganze Reihe von Veröffentlichungen ist bald nach Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen erschienen, meist aus der Feder von Journalisten, die die Frage in den Zeitungen behandelt und zu diesem Zweck an amtlichen Stellen und bei eingeweihten Interessenten Informationen gesammelt hatten, diese aber, bevor die Frage nicht zu einem gewissen Abschluß gediehen war, nicht völlig der Öffentlichkeit preisgeben konnten. Es braucht kaum besonders erwähnt zu werden, daß diese Darstellungen den Vorzug haben, von einer genauen Kenntnis der öffentlichen Meinung in Frankreich auszugehen. Sie wollen ja eine Brücke herstellen zwischen den Vorstellungen des französischen Volkes und den Wegen, die die französische Regierung, teils aus ihrer besseren Einsicht in den wahren Stand der Dinge, teils durch die Umstände gedrängt, eingeschlagen hatte. Solche Darstellungen der Frage können natürlich auch für uns außerordentlich lehrreich sein, da es für uns in diesem und in manchem kommenden Fall nützlich sein muß, die Eigentümlichkeiten der französischen Auffassung kennen zu lernen. Nur darf man sie nicht als Quellen ansehen, aus denen wir Deutschen uns über die für uns wichtigen Tatsachen objektiv unterrichten können. Deshalb verdient, wie ich glaube, unter den Schriften dieser Art die meiste Aufmerksamkeit nicht diejenige, die sich nach unseren Begriffen am meisten unserer Auffassung der Tatsachen nähert und daher uns den größten Wahrheitskern zu enthalten scheint, sondern diejenige, die in ihrer Auffassung der französischen Interessen am meisten die nationale Eigenart widerspiegelt und für die Aufgabe, Regierungspolitik und öffentliche Meinung in Einklang zu setzen, augenscheinlich die intimste Kenntnis der amtlichen Auffassungen, der Wünsche der privaten Interessenten und der populären Strömungen mitbringt. Als eine solche Darstellung der letzten Phase der Marokkofrage darf wohl das Buch von André Tardieu gelten, das unter dem Titel: „Le Mystère d'Agadir“ im Frühjahr erschienen ist. Der bekannte

französische Publizist hat den Ereignissen nahe genug gestanden, um die Voraussetzung zu rechtfertigen, daß er manchen Blick hinter die Kulissen getan hat. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß Tardieu nicht den Ehrgeiz des Historikers hat, die Quellen der Kenntnis des Geschehenen für alle kommenden Zeiten zu erschließen; er bleibt auch als Verfasser eines mit urkundlichem Material angefüllten Werkes von nahezu vierzig Druckbogen der Mann, der zunächst vor der Gegenwart sein Licht leuchten lassen und auf die öffentliche Meinung seiner Zeit wirken will. Das Wirksame geht ihm über das Wirkliche. Man kann ihm dabei weniger eine bewußte Färbung der Tatsachen vorwerfen, als eine Umprägung des Stoffes, wie sie einem lebhaften Temperament und einem phantasiereichen, zur Tendenz geneigten Sinn sehr leicht unterläuft, sobald es sich um selbsterlebte Dinge handelt, an denen persönliche Interessen und patriotische Gefühle lebhaft beteiligt waren. Nötigt doch schon der Titel uns ein Lächeln ab, denn geheimnisvoll konnte die Aktion von Agadir den Franzosen eigentlich nicht sein. Immerhin ist die Art, wie Tardieu das angebliche Geheimnis zu entschleiern sucht, für uns interessant und lehrreich.

Eine ganz andere Bedeutung hat natürlich das Gelbbuch, das die französische Regierung kürzlich veröffentlicht hat. Hier lernen wir den Teil des amtlichen Materials kennen, den die französische Regierung selbst für geeignet hält, das französische Volk und die ganze Welt über ihre Marokkopolitik zu unterrichten. Sehen wir dieses Material mit deutschen Augen an, so entsteht daraus mancher Eindruck, den die französische Regierung augenscheinlich nicht berechnet hat. Da diese Eindrücke das Gewicht der Gründe der deutschen Politik vermehren helfen, so kann man sich dieses Ergebnis gewiß gern gefallen lassen.

Wenn wir nun aber eine Darstellung suchen, die dem deutschen Standpunkt ganz und gar gerecht wird, so müssen wir uns seltsamerweise an einen englischen Verfasser halten. Wie schon erwähnt wurde, ist die Stimmung bei uns in Deutschland so merkwürdig beeinflusst, daß ruhige Würdigungen unserer Marokkopolitik selten sind. Deshalb muß es für uns überraschend wirken, wenn ein völlig unabhängiger Ausländer das ganze, der Öffentlichkeit bis jetzt zugängliche Material untersucht und daraus die Überzeugung gewinnt, daß die deutsche Politik in dieser Frage nicht nur folgerichtig und den deutschen Interessen entsprechend, sondern auch die einzige war, die sich nicht ins Unrecht setzte. Diese gründliche und unparteiische Behandlung der Marokkofrage stammt aus der Feder des Engländers G. D. Morel. Sein Buch führt den Titel: „Morocco in Diplomacy“, und er gelangt darin zu einer überaus scharfen Beurteilung der englischen Politik in der Marokkofrage. Man darf aber daran nicht etwa die Hoffnung knüpfen, die englische Politik werde nun durch die Stimme dieses aufgeklärten und offenherzigen Landsmannes zu einer Revision ihres bisherigen Standpunktes bewogen werden. Solche Hoffnungen dürften sich als eitel erweisen. Es ist nur die erstaunlich unbefangene und vorurteils-

lose Behandlung des Stoffes, die dem Buche den Wert gibt; daß der Verfasser Engländer ist, hat nur die Bedeutung eines zufälligen Nebenumstandes. Allerdings darf man wohl sagen, daß nur ein Deutscher oder ein Engländer solcher Objektivität fähig ist, und vielleicht sind uns die Engländer darin noch überlegen. Es ist die beste Seite der Charakterveranlagung, des Erziehungssystems und der Lebensauffassung der Engländer, daß sie einen rücksichtslosen Wahrheitsmut entwickeln. Wenn diese Eigenschaft außerhalb der persönlichen und nationalen Sphäre nicht immer zur Geltung kommt, so liegt das daran, daß ihr dem Auslande gegenüber andere Eigenheiten die Wage halten, nämlich die nationalen Vorurteile, der maßlose Dünkel und eine uns Deutschen oft kaum begreifliche, bis in die höchsten Kreise von Staat und Gesellschaft hineinreichende Unwissenheit. Wo aber eine Persönlichkeit einmal durch tiefere Bildung die nationale Beschränktheit überwunden hat, da finden wir in der Beurteilung von Menschen und Dingen in der Regel auch jene schlechtthin unbegrenzte Unbefangenheit, die wir an Morel bewundern müssen. Nur darf man nicht erwarten, daß solche Urteile in England selbst auf die öffentliche Meinung den geringsten Eindruck machen. Die Anschauungen der Nation bewegen sich viel zu sehr in gewohnten Bahnen, in denen sie durch einen in Jahrhunderten angezogenen und erworbenen, allmählich zur nationalen Eigentümlichkeit gewordenen Instinkt für den nationalen Vorteil erhalten werden. Man muß sich also gegenwärtig halten, daß die Bedeutung des Morelschen Buches nur in der vorurteilslosen, klaren Feststellung der Wahrheit liegt.

Nun genügt freilich ein fremdes Zeugnis für die deutsche Politik nicht, um sie auch für den vaterländischen Standpunkt zu rechtfertigen. Eine Politik kann in sich glänzend und erfolgreich durchgeführt und dennoch falsch sein. Hier entscheidet selbstverständlich nur der vaterländische Standpunkt. In den meisten Fällen wird für Deutsche kein Zweifel bestehen können, welches Ziel den deutschen Interessen zu bezeichnen ist. Der Wege zum Ziel wird es immer sehr viele geben. Wird einer von ihnen beschritten, ohne daß man das Ziel erreicht, dann mag die Kritik einsetzen; dann ist wirklich etwas versehen worden. Liegt aber nun dieser Fall in der Marokkopolitik vor? Die Frage muß auf das bestimmteste verneint werden. Es ist ganz unmöglich, in die Erörterung der Marokkopolitik auch nur einige Klarheit zu bringen — von einer Verständigung darüber ganz zu geschweigen —, wenn nicht von vornherein festgestellt wird, daß über das Ziel dieser Politik von Anfang an eine grundlegende Meinungsverschiedenheit bestand. Es ist nicht an dem, daß die deutschen Interessen in Marokko ein allgemein und zweifelndfrei erkennbares Ziel hatten und daß nur die Art der Ausführung verschiedene Möglichkeiten zuließ. Die Wahrheit ist, daß zu jeder Zeit, im Anfang wie im weiteren Verlauf der Entwicklung, in bezug auf das Ziel dieser Politik zwei Ansichten nebeneinander standen, von denen die eine die andere ausschloß. Die eine wollte, kurz gesagt, Marokko für Deutschland erwerben; die andere lehnte diese Möglichkeit bewußt und ent-

schieden ab. Indessen, so wenig sich diese beiden Grundanschauungen miteinander vertrugen, so gab es doch ein Gebiet, auf dem sie sich berührten. Das waren die Beziehungen, die der deutsche Handel in Marokko bereits angeknüpft hatte und mit glänzendem Erfolg weiter pflegte. Diesen Beziehungen Schutz und Förderung zu gewähren, war eine Pflicht der deutschen Regierung, die von allen Seiten vorbehaltlos anerkannt wurde. Die deutschen Handelsinteressen in Marokko bildeten daher den gemeinsamen, natürlichen Ausgangspunkt für die Beweisführungen der beiden erwähnten, sich schroff gegenüberstehenden Ansichten.

Die Befürworter einer deutschen Schutzherrschaft in Marokko oder auch einer deutschen Besitzergreifung von Teilen des Landes stützten sich auf die Erfolge, die der deutsche Handel dort erzielt hatte, und vor allem auf die Stimmung der bereits in Marokko tätigen Deutschen, die nicht genug betonen konnten, wie freundlich ihnen die Eingeborenen gesinnt seien, wie reich die natürlichen Hilfsquellen des Landes seien, wie wenig aber auch die marokkanische Regierung die Fähigkeit besitze, diese Hilfsquellen zu erschließen und zu erhalten, und wie ein solches Regierungssystem doch unmöglich langen Bestand haben könne. Lag nicht in dieser Meinung der Marokkodeutschen eine Autorität, die nicht umgangen werden durfte? Wer wußte in Marokko besser Bescheid als die Männer, die an Ort und Stelle als Pioniere des Deutschtums wirkten? Die Männer, die auf ihren Reisen nach Marokko gekommen waren, halfen die Meinung verbreiten, daß dort ein gesegnetes, wirtschaftlich noch so gut wie unererschlossenes Land sozusagen nur der deutschen Hand harre, um seinen Reichtum über die Welt auszuschütten. Dazu die lockende Aussicht, eine Kohlenstation an der atlantischen Küste von Afrika, auf dem halben Wege nach unseren Kolonien, zu gewinnen. Endlich darf man wohl nicht übersehen, daß die Männer, die als Frucht ihrer Reisen in Marokko die Empfehlung einer aktiven deutschen Marokkopolitik mitbrachten, meist schon, als sie dorthin kamen, von der Überzeugung erfüllt waren, Deutschland müsse, da es als Kolonialmacht ohnehin bei Verteilung der Welt zu spät gekommen sei, überall fleißig Umschau halten, wo es vielleicht noch seinen Fuß hinsetzen könne. Für die Vertreter dieser Anschauung mußte der Gedanke an ein deutsches Marokko etwas geradezu Bezauberndes haben.

In den Wein der herrlichen Aussichten mußte nun freilich von anderer Seite viel, sehr viel Wasser gegossen werden, und das ist der Standpunkt, den auch die Grenzboten stets eingenommen haben und der auch hier vertreten werden soll. Man kann ganz durchdrungen sein von dem Wunsch und dem Willen, die Macht und die legitimen Interessen des Reichs überall zur Geltung zu bringen. Man kann ebenso durchdrungen sein von der Überzeugung, daß eine stetige Zunahme der Bevölkerung das Deutsche Reich eines Tages dahin bringen müßte, auch eine äußere Expansionspolitik nicht von der Hand zu weisen. Man kann durchaus die Ansicht verwerfen, daß die Zukunft unseres Volks nur durch bequemen, friedlichen Erwerb gesichert werden könne und daher das beständige

Sichbescheiden und Sichdrücken die oberste Rücksicht der deutschen Politik sein müsse. Aber trotz alledem ist man berechtigt, zu sagen, daß, gerade je entschiedener diese Grundsätze praktisch zur Geltung gebracht werden sollen, desto sorgfältiger darauf geachtet werden muß, daß sie zu rechter Zeit und am rechten Orte angewendet werden. Mit der souveränen Nichtbeachtung unserer geographischen Lage und aller sonstigen Wirklichkeiten, oder mit dem Reden in Brusttönen ist es nicht getan. Auch verlieren die Gegengründe einer besonnenen Realpolitik gegenüber den aufgeregten Träumereien von einem deutschen Marokko nicht dadurch an Gewicht, daß sie unbedachter oder böswilliger Weise mit den Beweisführungen grundsätzlicher Pazifisten oder bequemer Geschäftspolitiker in einen Topf geworfen werden. Ob wir Veranlassung haben, unseren Kolonialbesitz auszudehnen, kann hier nicht untersucht werden; als geeigneter Kolonialbesitz für uns kann aber in keinem Falle ein Land angesehen werden, das nicht eigentlich im Bereich unserer überseeischen Interessen, sondern vor den Toren von Europa liegt, und zwar für unsere nächsten Feinde und Konkurrenten in unserer Nachbarschaft viel näher und viel leichter erreichbar als für uns. Gewiß dürfen wir, wenn wir vorwärts kommen wollen, auch die Möglichkeit von Verwicklungen nicht scheuen, aber wir müssen, wenn wir uns in eine solche Lage aus eigenem Entschluß bringen wollen, einigermaßen imstande sein, Art und Umfang der möglichen Verwicklungen voranzusehen und in unsere Berechnungen einzustellen. Die Folgen einer Besitzergreifung in Marokko würden jedoch jeder Berechnung spotten und uns Verpflichtungen auferlegen, die bei unserer zentralen Lage in Europa nur unter Voraussetzungen zu erfüllen sein würden, die unsere Politik nicht mehr als kühn und wagemutig, sondern einfach als frevelhaft und gewissenlos kennzeichnen würden. Die Autorität der in Marokko lebenden Deutschen genügt nicht, um dieses Urteil zu erschüttern. Man kann ein ausgezeichnetes Geschäftsmann, ein vortrefflicher Patriot und ein erfolgreicher Pionier des Deutschtums sein, ohne einen genügenden Teil von dem politischen Augenmaß zu besitzen, durch das allein Fragen dieser Art entschieden werden können. Es ist richtig, daß die eingeborenen Marokkaner den Deutschen in ihrem Lande besonderes Wohlwollen und Vertrauen entgegengebracht haben. Das beruht einmal auf der Gediegenheit und Anpassungsfähigkeit an die Bräuche des Landes, wodurch die Geschäftsgewohnheiten der Deutschen von denen mancher anderen Handeltreibenden vorteilhaft abstechen, sodann aber auf der Beobachtung, daß die Deutschen fast allein von allen Fremden frei von politischen Nebenabsichten erschienen. Wer bürgte uns dafür, daß die Wohlgesinntheit und scheinbare Ergebenheit der Marokkaner erhalten blieben, wenn wir in die Reihe der Mächte getreten wären, die Marokko politisch besitzen wollten? So schlau waren die Marokkaner natürlich auch, daß sie Deutschland gar zu gern gegen die ihnen augenblicklich lästigeren und gefährlicheren Franzosen und Spanier ausgespielt hätten. Und es war wiederum durchaus gerechtfertigt, daß geschickte deutsche Geschäftsleute dieses Spiel der Marokkaner aufnahmen, um sich geschäftliche

Vorteile zu sichern. Das haben z. B. die Gebrüder Mannesmann getan, und sie hätten es mit vollem Erfolg tun können, wenn sie nicht den Fehler begangen hätten; zu ihren Gunsten die deutsche Politik über die Linie hinausdrängen zu wollen, die sie sich aus allgemeinen Rücksichten ziehen mußte. Selbst bei voller Anerkennung der Pflicht, seine Interessen im Auslande zu schützen, wird es sich kein Staat bieten lassen können, daß Privatleute ihm eine Politik vorschreiben, die er im allgemeinen Interesse nicht verantworten kann. Auch sonstige Erfahrungen bestätigen, daß das Entgegenkommen solcher Völker wie der Marokkaner auch von Leuten, die man für Kenner halten sollte, leicht überschätzt wird. Die Schlichtheit der islamitischen Moral, die im Privatleben und im Geschäftsverkehr einem verständigen und taktvollen Fremden manches erleichtert, ist oft die Ursache, weshalb die hier und da gebauten Brücken zwischen abendländischer und morgenländischer Kulturwelt für haltbarer angesehen werden, als sie es in Wahrheit sind. Die Täuschung wird offenbar, sobald es sich ernsthaft um Dinge handelt, deren Bedeutung über den Kreis der nächsten örtlichen und persönlichen Interessen hinausreicht. So sind alle Erfahrungen mit der angeblichen Deutschfreundlichkeit der Marokkaner für die Allgemeinheit und für die Stellungnahme in großen, grundsätzlichen Entscheidungen vollkommen wertlos. Was endlich die Frage einer deutschen Kohlenstation an der atlantischen Küste Marokkos anlangt, so würde der Besitz einer solchen Station zwar ganz angenehm sein, aber er ist nach Ansicht maßgebender, sachkundiger Stellen nicht so notwendig, daß der Nutzen die großen Opfer, die seine Erhaltung erfordern würde, aufwiegen könnte.

Das ist eine Fülle von Gründen, die gegen die Erwerbung politischer Rechte in Marokko spricht. Es fragt sich nun, wie sich die deutsche Regierung dazu gestellt hat. Die Antwort kann nur lauten, daß die Regierung seit dem Bestehen des Deutschen Reichs immer darauf bedacht gewesen ist, die deutschen Handelsinteressen in Marokko zu schützen und zu fördern, dagegen sich allen weitergehenden Bestrebungen gegenüber beharrlich ablehnend verhalten hat. Jeder Versuch, das Gegenteil zu erweisen, ist angesichts der vielen amtlichen Kundgebungen, aus denen die Stellungnahme der deutschen Politik hervorgeht und durch die sie festgelegt worden ist, gänzlich aussichtslos. So hätten sich deutsche Staatsmänner in diplomatischen Aktenstücken, in Reichstagsreden und in anerkannt offiziellen Zeitungsartikeln niemals äußern dürfen, wenn sie auch nur einmal im Laufe des ganzen Jahrzehnts, in dem die Marokkofrage die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, den Hintergedanken einer politischen Festsitzung in Marokko ernsthaft gehegt hätten. Als in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts die Marokkofrage akut wurde, wurde die zu treffende Entscheidung sorgfältig geprüft. Es ist nicht richtig — wie es später von einer verärgerten Kritik dargestellt worden ist —, daß damals die Gelegenheit verpaßt wurde, und daß man erst später, durch das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 unliebsam aus dem Schlaf gerüttelt, in unklarem Hin- und Herfahren das Versäumte wiedereinzuholen versuchte und hierbei Nachschläge über

Maßenschläge erfuhr. Nein, nicht eine verpaßte Gelegenheit, sondern ein sehr genau überlegter Entschluß, der nach Anhörung aller maßgebenden Autoritäten gefaßt wurde, hat unsere Staatsmänner veranlaßt, von Anfang an den Plan einer politischen Festsetzung in Marokko bestimmt und bewußt abzulehnen. Am 14. April 1904 sprach der Reichskanzler Graf Bülow im Reichstage über die Marokkofrage — das war also sechs Tage nach der Unterzeichnung des englisch-französischen Abkommens. Der Abgeordnete Graf Ludwig Reventlow war als Wortführer der Richtung aufgetreten, die Deutschland in Marokko gern politisch engagieren wollte. Schon damals wies Graf Bülow diesen Standpunkt mit bemerkenswerter Schärfe zurück. Er lehnte es ab, das Land „in Abenteuer zu stürzen“. Auch später ist immer nur vom Schutze unserer wirtschaftlichen Interessen gesprochen worden, während politische Pläne von amtlicher Seite abgelehnt und bekämpft wurden. Auch Morel schreibt in seinem vorhin erwähnten Buche mit Bezug auf die Bestrebungen der Alldeutschen: es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Regierung und der Deutsche Kaiser wiederholt die Versuche, sie in diese Bahnen zu zwingen, desavouiert und sich beständig geweigert haben, ihre Marokkopolitik von ihrem vorgeschriebenen und öffentlich kundgegebenen Kurs ablenken zu lassen. „Es kann“ — so schreibt er weiter — „ohne Furcht vor einem Widerspruch versichert werden, daß nicht ein Jota eines Beweises von irgendeiner Seite dafür beigebracht worden ist, daß die leitenden Männer in Deutschland jemals die weitergehenden Ansprüche der deutschen Kolonialschwärmer sich zu eigen gemacht oder anerkannt haben, oder daß sie sich jemals für die Erwerbung von Kohlenstationen oder einen Anteil an einem zerstückelten Marokko ins Zeug gelegt haben.“ Das ist unbestreitbar richtig. Die deutsche Regierung hat sich niemals auf ein Programm eingelassen, das die historische Kritik späterer Zeit mit Recht veranlaßt haben würde, die deutsche Marokkopolitik mit dem mexikanischen Abenteuer Napoleons des Dritten auf eine Stufe zu stellen.

Haben wir so das von Anfang an festgestellte Programm der deutschen Marokkopolitik aus manchen Verdunlungsversuchen und Mißverständnissen herausgeschält, so wird es zur weiteren Beurteilung nötig sein, Anfang und Ende dieser Politik miteinander zu vergleichen. Was machte denn die Erfüllung einer so einfachen Aufgabe, wie es der Schutz und die Förderung deutscher Handelsinteressen in einem fremden Lande in den meisten Fällen doch zu sein pflegt, unter diesen besonderen Verhältnissen so schwierig? Die Schwierigkeit lag bekanntlich darin, daß Frankreich es unternommen hatte, allmählich seinen Einfluß auf Marokko auszudehnen und auf diesem Wege das Land in seine Gewalt zu bekommen. Die Kolonisationsmethoden Frankreichs machen es aber den Angehörigen fremder Nationen fogut wie vollkommen unmöglich, in solchem Lande noch ihrem eigenen Erwerb nachzugehen. Der Grundsatz der „offenen Tür“ und der gewerblichen Bewegungsfreiheit, wie er in den englischen Kolonien herrscht, ist den Franzosen fremd, und die Erfahrungen, die in Tunis in dieser Beziehung gemacht worden sind, ließen voraussehen, daß die Fortschritte der

französischen Politik in Marokko mit dem Ruin des deutschen Handels im Lande gleichbedeutend sein würden. Die deutschen Interessen waren also nur zu wahren, wenn Frankreich dahin gebracht werden konnte, durch eine förmliche, ausdrückliche Verpflichtung auf seine gewohnte Praxis soweit zu verzichten, wie es zur Erhaltung und Förderung des deutschen Handels notwendig war. Und das mußte womöglich ohne den Einsatz von Machtmitteln erreicht werden; denn wir wollten ja doch in Marokko keine Eroberungen machen und konnten ebenso wenig um dieses Landes willen einen Krieg mit Frankreich anfangen. Die sehr einfach klingende Formel: „Schutz den deutschen Handelsinteressen in Marokko ohne politische Aspirationen“ schloß also in Wahrheit eine solche Menge von Schwierigkeiten in sich, daß die Aufgabe, als sie an die Leitung unserer auswärtigen Politik herantrat, fast unlösbar schien. Denn es kam noch das Weitere hinzu, daß Frankreich nicht einfach die Eroberung Marokkos vollzog, sondern die staatsrechtliche Form eines unabhängigen Marokko immer noch aufrecht erhielt. Solange diese Form bestand, war jede Verständigung mit Frankreich praktisch unwirksam, denn für die Rechte und Interessen der Fremden konnte nur die marokkanische Regierung verantwortlich gemacht werden, und diese war von Frankreich abhängig, ohne daß dieser französische Einfluß faßbar gewesen wäre. Trotz aller dieser Schwierigkeiten haben wir es erreicht, daß Frankreich durch einen förmlichen Vertrag veranlaßt worden ist, die Rechte, die es in Marokko anstrebt und zum Teil schon ausübt, auch verantwortlich zu übernehmen; infolgedessen ist es in der Lage, die Verpflichtungen, die es durch denselben Vertrag bezüglich der deutschen Handelsinteressen übernommen hat, aus eigenem Recht zu erfüllen. Natürlich besteht die Möglichkeit, daß Frankreich diesen Vertrag nicht innehält, wie schließlich kein Vertrag und kein entsprechender Rechtsakt auf Erden einen absoluten Schutz gegen seinen Bruch gewährt. Aber der Unterschied ist eben der: es handelt sich nicht mehr um einen Wettstreit Deutschlands und Frankreichs wegen behnbarer und vieldeutiger Rechte gegenüber einem halbzivilisierten, angeblich unabhängigen Lande, sondern um einen Vertrag zwischen zwei europäischen Großstaaten. Wird dieser Vertrag gebrochen, so bedeutet das etwas ganz anderes, und die notwendig eintretenden Folgen können unter anderen Gesichtspunkten angesehen werden. Käme es dann zum äußersten, so würde es sich weniger um einen Konflikt wegen Marokko handeln als um die Verteidigung unserer Ehre und unseres Ansehens in Europa. Marokko würde dann nur die Rolle spielen wie die spanische Thronkandidatur 1870. Ziehen wir also die Summa des Erreichten, so sehen wir, daß wir unsere Handelsinteressen in Marokko so gut gesichert haben, wie es überhaupt möglich ist, und das alles, ohne uns politisch dort festzulegen. Mit anderen Worten: wir sind an das Ziel gelangt, das wir uns von Anfang an gesteckt haben.

Trotzdem wird allgemein von der Niederlage unserer Marokkopolitik gesprochen, ja sogar von einer ganzen Kette von Niederlagen und Demütigungen. Wie ist das möglich?

Zunächst sind es naheliegende Gründe, die diese Stimmung erzeugt haben. Der Wunsch, Deutschland möge in Marokko politisch festen Fuß fassen, hatte ja für Leute, die ohnehin dafür gestimmt sind, daß sich die nationale Unternehmungslust nach außen hin stärker betätigen sollte, sehr viel Bestechendes. Man darf sich daher nicht wundern, daß in nationalen Vereinen und Zeitungen sehr eifrig dafür gearbeitet wurde. So gewann diese Überzeugung, die nicht die unsere ist, deren Ehrlichkeit wir aber trotzdem unbefangenen würdigen, eine sehr weite Verbreitung. Daß sie sogar noch über die Kreise, denen man ein eigenes Urteil und eine wirkliche Überzeugung zusprechen kann, weiter hinausgetragen wurde, war die gleichfalls für einen erfahrenen Politiker nicht schwer zu begreifende Folge einer Eigentümlichkeit unseres Nationalcharakters. Der Deutsche ist im allgemeinen nicht politisch angelegt; außer bestimmten Fragen, die ihn zufällig näher persönlich angehen, vertieft er sich nicht gern allzu sachlich in die Politik; diese ist ihm nur Gegenstand eines meist unklar und doch stark empfundenen Bedürfnisses, zu kritisieren und sich zu begeistern. Nichts entspricht daher so sehr der politischen Disposition des Durchschnittsdeutschen als die Möglichkeit, zugleich zu kritisieren und sich zu begeistern, wenn man ihm nämlich sagt, die Regierung tauge nichts und tue in nationalen Fragen nicht ihre Schuldigkeit. Dann kann der gläubige Empfänger dieser Versicherung nach Herzenslust in ungebändigter Kritik sein Nationalgefühl aufwallen lassen; das gibt nicht nur die angenehme Erregung, die der brave Staatsbürger von Zeit zu Zeit braucht — denn er muß doch etwas für das Gemeinwohl tun — sondern ist auch in der Regel kostenlos, schmerzlos und gefahrlos, weil im tiefsten Grunde des Herzens doch das Vertrauen feststeht, daß die Regierung die unangenehmen Folgen etwaiger Dummheiten zu verhüten weiß. Wer also mit einiger Glaubwürdigkeit, ohne zuviel Nachdenken zu fordern, behauptet, die Regierung habe irgendein angebliches nationales Interesse nicht schneidig genug gewahrt, wird immer einen großen Erfolg bei der öffentlichen Meinung haben. Eine breite Masse solcher Nachläufer stand daher auch in diesem Falle hinter denjenigen, die aus einer von uns für irrig gehaltenen, aber immerhin auf sachlichen Gründen beruhenden Überlegung in der Marokkofrage der Regierung Opposition machen zu müssen glaubten. Der Druck, der von dieser Seite immer wieder auf die Regierung auszuüben versucht wurde und die entsprechende Behandlung der Frage in einem Teil der nationalen Presse haben dann den Eindruck erzeugt, als ob die Regierung wirklich weitergehende Absichten in der Marokkopolitik gehabt und sie nur nicht eingestanden und energisch verfolgt habe, so daß sie auf die Linie ihres ursprünglichen öffentlichen Programms zurückgedrängt worden sei.

Diese Auffassung ist zwar völlig unrichtig, aber wenn man das, wie es der Wahrheit entspricht, entschieden betont, so wird man von der Gegenseite auf einige Tatsachen hingewiesen, die sich mit dem bescheidenen Ziel der deutschen Marokkopolitik nicht zu vertragen scheinen. Diese Tatsachen sind der

Kaiserbesuch in Tanger am 30. März 1905, das Unterbleiben einer Verständigung mit Frankreich nach dem Sturze Delcassés im Sommer desselben Jahres und endlich die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffs nach Agadir im Sommer 1911. Bei diesen drei Gelegenheiten vor allem glaubt die Kritik ein auffallendes Mißverhältnis zwischen den angewandten Mitteln und dem angestrebten Ziel zu erkennen. Sie schließt daraus, daß die deutsche Politik von vorübergehenden Impulsen, mehr zu erreichen, nicht frei gewesen sei; und da nun zwar auf die Tangerfahrt der Sturz Delcassés, dann aber auf die Zurückweisung der Verständigung mit Frankreich die trüben Erfahrungen in Algeciras und auf die „befreiende Tat“ von Agadir die Enttäuschungen der weiteren Verhandlungen folgten, so gilt das alles als Beweis, daß jeder dieser vermeintlichen großen Anläufe zu einem Mißerfolg geführt habe. Denn der einzige wirkliche Triumph, der Sturz Delcassés — so sagt man — stehe doch in keinem rechten Verhältnis zu einem so starken Mittel, wie es die Auspielung der Person des Deutschen Kaisers durch die Tangerfahrt gewesen sei, und dieser Erfolg sei nicht einmal ausgenutzt worden.

Diese Vorwürfe und Einwände würden ganz berechtigt sein, wenn die Marokkofrage aus dem Zusammenhange mit der sogenannten „großen“ Politik der europäischen Großmächte herauszulösen gewesen wäre, — wenn etwa Frankreich nichts weiter gewollt hätte, als seinen nordafrikanischen Kolonialbesitz durch die Erwerbung der Nordwestecke des schwarzen Erdteils zu erweitern. Man muß aber bedenken, daß jeder Schritt, der uns in Marokko unserem wirklich so bescheidenen Ziele näher führen sollte, zugleich ein Schachzug auf dem Brett der europäischen Politik war. England suchte infolge einer vollständigen Reorientierung seiner Politik eine Annäherung an Frankreich und mit Hilfe dieser Verständigung eine stärkere Sicherung seines Weges nach Indien; Frankreich suchte eine bessere Rückendeckung für seine von dem Grundgedanken der Feindschaft gegen Deutschland getragene Politik. Marokko war für beide Mächte nur das Mittel zur Erreichung umfassenderer Zwecke. Darum benutzte Frankreich den mit England abgeschlossenen Vertrag zu einem Akt offenkundiger Nichtachtung nicht nur der deutschen Interessen in Marokko, sondern auch der politischen Stellung Deutschlands in Europa, indem es das Abkommen der deutschen Regierung nicht notifizierte. Die richtige Antwort darauf konnte nur ein öffentlicher Akt gleicher Nichtbeachtung des englisch-französischen Abkommens von seiten Deutschlands sein. Jeder gewöhnliche diplomatische Schritt hätte diesen Zweck nicht erfüllt, weil er entweder wirkungslos geblieben wäre oder fast unmittelbar einen Konflikt herbeigeführt hätte. Es mußte ein auffallender, auf die ganze Welt stark wirkender, außerhalb der diplomatischen Aktionen bleibender und doch an sich nicht provozierender Schritt sein. Diese Anforderungen konnte nur ein, sozusagen, höfischer Akt erfüllen: das Betreten marokkanischen Bodens durch den Deutschen Kaiser und seine Begrüßung im Auftrage des unabhängigen Sultans von Marokko. Was zur Feststellung der

deutschen Interessen in Marokko allerdings eine Lächerlichkeit gewesen wäre, wurde als eindringliche Lektion gegenüber einer versuchten Ausschaltung Deutschlands bei einer wichtigen Umgestaltung der Weltpolitik eine berechtigte Maßnahme und eine Notwendigkeit. Wirksamer — und dabei in einwandfreier, fast harmloser Form — konnte Deutschland nicht zum Ausdruck bringen, was damals nicht aus Gründen der Marokkopolitik, sondern der allgemeinen Politik auszudrücken notwendig war: daß es das englisch-französische Abkommen nicht etwa in seiner Gültigkeit bestritt, sondern überhaupt als nicht existierend ansah. Es ist also falsch, diesen Schritt nur an den besonderen Zielen der deutschen Marokkopolitik zu messen.

Warum aber — so fragt man weiter — nahm Deutschland, wenn es in Marokko doch nur seine Handelsinteressen sicherstellen wollte, nach dem großen Erfolg, den es durch das Ausscheiden Delcassés erreicht hatte, nicht die angebotene Verständigung mit Frankreich an, die auf derselben Grundlage erfolgen konnte, wie sie 1909 tatsächlich erfolgt ist? Die Antwort ist einfach: Weil diese Lösung die Anerkennung der französisch-englisch-spanischen Abmachungen in sich schloß und damit Deutschland die einzige Rechtshandhabe genommen hätte, um auch nur die bescheidensten Ansprüche für seinen Handel durchzusetzen. Die Bereitwilligkeit Frankreichs war ein hingeworfener Köder; es wäre natürlich den Franzosen angenehmer gewesen, wenn Deutschland die Ansprüche, die es bereits aus eigenem Recht besaß, in einem Sonderabkommen als ein Geschenk Frankreichs entgegengenommen hätte. Frankreich hätte dann ohne eigentliche Gegenleistung die Anerkennung seiner Stellung als bevorrechtete Macht in Marokko erlangt. Das eben durfte nicht sein. Die deutschen Ansprüche bestanden für sich zu Recht — mit oder ohne Frankreichs Erlaubnis — und diese Tatsache konnte, solange Marokko als unabhängiger Staat bestand, nur durch eine erneute Festlegung der vor dem französisch-englischen Abkommen vorhandenen internationalen Rechtslage befriedigt werde. Ohne diese Festlegung hätte sich Frankreich nach der von ihm allgemein geübten Praxis niemals dazu verstanden, den deutschen Interessen irgendwelchen Raum zu lassen — trotz aller Verträge. Es war vollkommen richtig, was der Kaiser in Tanger gesagt hatte, als er bei Begrüßung der deutschen Kolonie das Versprechen, den Handel zu schützen, mit dem Zusatz begleitete, er werde für die volle Gleichberechtigung mit allen Mächten sorgen, „was nur bei Souveränität des Sultans und Unabhängigkeit des Landes möglich ist“. Es lag im Zweck des Kaiserbesuches, den Sultan als freien Herrscher zu begrüßen und die Gleichberechtigung aller Mächte zu betonen. Wenn das auch keineswegs, wie später wohl behauptet worden ist, die Verbürgung der Unabhängigkeit Marokkos für alle Zeiten, vielmehr nur die Befundung des geltenden Rechtszustandes bedeutete, so schloß doch dieses Kaiserwort für Deutschland die Möglichkeit aus, unmittelbar darauf diesen Standpunkt fallen zu lassen und ein Sonderabkommen mit Frankreich einzugehen. Fürst Bülow's staatsmännischer Scharfblick hatte alle diese Momente richtig erfaßt, als er trotz mancher

erschwerenden Einflüsse den Lockungen Frankreichs widerstand und die Berufung einer internationalen Konferenz durchdrückte.

Daß die Konferenz in Algeciras für uns keine erfreuliche Episode war, ist ohne weiteres zuzugeben. Der Kampf, den Deutschland dabei gegen die Koalition seiner Neider und Gegner zu führen hatte, brachte manche äußeren Eindrücke mit sich, die für ein geschärftes nationales Selbstbewußtsein schwer zu ertragen waren, und dergleichen Eindrücke wiegen in der Welt, wie sie nun einmal ist, und bei einer Staatskunst, die auch im günstigsten Falle nicht mit ganz offenen Karten spielen und ihre letzten und besten Gründe niemals auf dem Markte ausschreien kann, mindestens so schwer wie die immer zum Teil hinter den Kulissen verborgenen Tatsachen. Die unangenehmste Überraschung war für uns wohl die Haltung Italiens; erst heute wissen wir, daß Italien sich durch die Zusicherungen der Westmächte hinsichtlich der künftigen Erwerbung von Tripolis gebunden hielt. Daß es sich unter den obwaltenden Umständen mehr als Mittelmeermacht denn als Dreibundmacht fühlte, wird ihm ein kühl rechnender Politiker kaum verdenken können. Wenn nun aber aus alledem gefolgert wird, das Ergebnis der Algeciraskonferenz sei für uns ein Fehlschlag und diese ganze Politik somit ein Fehler gewesen, so ist das wiederum gänzlich unzutreffend. Frankreich war gezwungen worden, eine Rechtslage anzuerkennen, die es jahrelang bemüht gewesen war, als nicht vorhanden anzusehen und dann förmlich zu beseitigen. Deutschland aber gewann einen förmlichen Rechtstitel, auf Grund dessen es seine Interessen in Marokko wahren konnte. Erst auf dieser Grundlage wurde das deutsch-französische Abkommen vom 8. Februar 1909 möglich, das innerhalb der Bestimmungen der Algecirasaakte die besonderen Wünsche und Ansprüche beider Mächte gegenseitig klärte und abgrenzte. Deutschland konnte jetzt den politischen und militärischen Interessen Frankreichs gewisse Zugeständnisse machen, weil die Erfahrungen von drei Jahren inzwischen die Lage verändert hatten. Wenn im Jahre 1905 die Dinge so gestanden hatten, daß die förmliche Anerkennung der Gleichberechtigung aller Mächte nur unter der Voraussetzung eines unabhängigen Marokkos zu erlangen war, so hatten die drei Jahre nach dem Abschluß der Algecirasaakte gezeigt, daß eine andere, ebenso notwendige Voraussetzung für die Wirksamkeit der in Marokko interessierten Mächte, nämlich die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und der innere Friede des Landes, von der gesetzmäßigen Regierung in Marokko nicht zu erlangen war. Indem Deutschland den ihm eigentlich daraus erwachsenden Anteil politischer und militärischer Fürsorge innerhalb der in der Algecirasaakte gezogenen Grenzen an Frankreich übertrug, blieb es seinem alten Programm getreu und wahrte sich noch einmal die ausdrückliche und besondere Verpflichtung Frankreichs, den deutschen Handelsbestrebungen nichts in den Weg zu legen.

Auf deutscher Seite hatte niemals eine grundsätzliche Abneigung bestanden, Frankreich den Besitz von Marokko zuzugestehen, wenn nur eine Sicherheit gegen die „Tunifikation“ des Landes, d. h. gegen den Ausschluß jedes nichtfranzösischen

wirtschaftlichen Wettbewerbes nach dem Muster von Tunis, vorhanden gewesen wäre. Diese Sicherheit gaben die Algecirasakte und das darauf beruhende Abkommen von 1909, — nota bene solange sie gehalten wurden. Es ist daher unrichtig, wenn von französischer Seite — u. a. auch von Tardieu — behauptet wird, daß die deutsche Regierung die weitere Ausbreitung der französischen Macht in Marokko als einen Mißerfolg ihrer eigenen Politik empfunden habe. Natürlich empfand man bei uns diese Tatsache nicht gerade mit Freuden, denn sie beruhte darauf, daß die marokkanische Regierung, von deren Unabhängigkeit wir notgedrungen hatten ausgehen müssen, sich völlig unfähig zeigte, die Anforderungen zu erfüllen, die man an eine unabhängige Regierung stellen muß. Die Fortschritte der Franzosen waren nur die selbstverständliche Folge dieser marokkanischen Unfähigkeit zur Freiheit und Selbstbestimmung, sie bewiesen aber nichts gegen die Politik, die wir zur Erreichung des für uns allein wesentlichen Zieles eingeschlagen hatten. Diese Ziele wurden erst in dem Augenblick berührt, als die Franzosen sich genügend gesichert fühlten, um die Algecirasakte selbst zu verletzen, in der sicheren Voraussetzung, daß Deutschland die einzige Macht sein werde, die dagegen vielleicht Einspruch erheben könnte. Erst als die ersten diplomatischen Schritte wegen der tatsächlichen Verletzung der Algecirasakte erfolglos blieben, sandte Deutschland den „Panther“ nach Agadir, wo in jenen Tagen deutsche Handelsinteressen gefährdet schienen.

Man begegnet nun auch hier wieder der Ansicht, daß das Mittel zu stark gewesen sei für den zu erreichenden Zweck. Allein die Behauptung, daß man ein Kriegsschiff nur dann entsenden dürfe, wenn es sich um eine ernste kriegerische Aktion oder die Absicht einer Besitzergreifung an einer fremden Küste handle, findet keine Stütze in der Praxis anderer Völker und auch nicht in unserer eigenen Vergangenheit. Unzählige Male sind Kriegsschiffe aller Nationen zu kleinen Strafexpeditionen gegen wilde Völkerschaften ausgesandt worden, oder zur Unterstützung der Einkassierung von Schuldforderungen oder auch zur Verhütung unbedeutender Unruhen. Es beruhte auf einem einfachen Denkfehler, wenn man die Fahrt unseres kleinen Kreuzers nach Agadir als eine kriegerische Demonstration gegen Frankreich auffaßte. Das war sie nicht, sondern ein einfacher Akt der Selbsthilfe in Form einer Drohung gegen die eingeborene Bevölkerung eines Teiles von Marokko, einer Selbsthilfe, die beispielsweise in der Südsee häufig angewendet worden ist, ohne daß sich die Unbeteiligten darum kümmerten. Die allerdings beabsichtigte und sogar stark betonte Spitze gegen Frankreich lag in diesem Falle nur darin, daß eine solche Selbsthilfe nie gelübt worden wäre, wenn Frankreich die Algecirasakte nicht verletzt und sich ausreichenden Erklärungen und weiteren Verhandlungen zu entziehen versucht hätte. Die Entsendung des „Panther“ bedeutete also nicht die Drohung an Frankreich: „Jetzt wollen wir euch an den Kragen!“, sondern nur den handgreiflichen Wink: „Ihr habt die Verträge zerrissen, darum haben wir jetzt die volle Freiheit auch zu den politischen und militärischen Aktionen, die wir anderenfalls

vermieden und euch überlassen hätten.“ Und das war auch der wesentliche Inhalt der diplomatischen Erläuterungen, die diesen Schritt begleiteten und ihm folgten. Nur enthielten sie noch den weiteren Gedanken, der den Zweck der Demonstration klarstellte und den man kurz durch den Zusatz ausdrücken kann: „— es sei denn, daß ihr mit uns in neue Verhandlungen tretet.“

Von welchen Erwägungen gingen nun diese neuen Verhandlungen aus, und was war ihr Ziel? So wie nunmehr die Sache stand, hatte Deutschland kein Interesse mehr an der Unabhängigkeit Marokkos, nachdem dieser Staat fünf Jahre hindurch einen Beweis über den anderen geliefert hatte, daß ihm nicht zu helfen war. Wie schon an anderer Stelle angedeutet wurde, war die sogenannte Freiheit Marokkos im Laufe der Entwicklung nur eine bequeme Gelegenheit für die Franzosen geworden, die Verantwortung für allerlei Rechtsverletzungen von sich abzuwälzen. Die Beforgnis aber, daß Frankreich an den fundamentalen Rechten Deutschlands noch einmal so vorbeigehen würde, wie es 1904 versucht hatte, war nach dem Vertrage von 1909 nicht mehr begründet — trotz der immer noch vorhandenen Neigung zu Übergriffen. Deshalb lag es jetzt unter den veränderten Umständen nur im deutschen Interesse, klare Verhältnisse zu schaffen und der französischen Marokkopolitik sogar behilflich zu sein, an ihr Ziel zu gelangen. Aber es geht in den Beziehungen der Völker zueinander ähnlich wie in privaten Rechtsverhältnissen: niemand gibt ein formales Recht ohne Gegenleistung auf, und das selbst dann nicht, wenn der formale Verzicht einen realen und sehr erwünschten Nutzen bringt. Wäre Frankreich, ohne die Algecirasakte zu verletzen, eines Tages an Deutschland herangetreten, um ihm unter Hinweis auf die Veränderung der Lage und sein eigenes Interesse Verhandlungen vorzuschlagen, so wäre das für uns eine gewisse Verlegenheit gewesen. Glücklicherweise schlug Frankreich diesen Weg nicht ein, verleitet durch die Furcht vor den Schreibern im eigenen Lande, die sich bei jeder Verständigung mit Deutschland erheben, verleitet aber auch durch die von Morel sehr klar nachgewiesenen Fehler der englischen Politik, die sich französischer gebärdete als die Franzosen. Frankreich durchbrach die Bestimmungen der Algecirasakte und gab damit Deutschland das Mittel an die Hand, den geforderten Verzicht zu einem größeren Kompensationsobjekt zu gestalten. Es galt für unsere Politik jetzt schnell und entschlossen zunächst einmal die Freiheit auszunutzen, die uns Frankreich durch seinen Rechtsbruch verschafft hatte, und darum wurde gerade die Maßregel der Entsendung eines Kriegsschiffes nach dem außerhalb der französischen Machtsphäre gelegenen Agadir gewählt, weil dieser Schritt die Möglichkeit einer Okkupation offen ließ. Wirklich beabsichtigt ist eine solche nie gewesen, und unsere Regierung konnte auch ruhig diese Erklärung abgeben; die Möglichkeit genügte für den Zweck der Verhandlungen, denn es kam nur darauf an, eine greifbare Konsequenz des von den Franzosen begangenen Fehlers zu schaffen, um ihnen die Notwendigkeit einer Gegenleistung für den deutschen Verzicht und für das deutsche Ein-

verständnis mit dem französischen Protektorat über Marokko klar zu machen. Die von England genährte Furcht der Franzosen, Deutschland könne sich trotz alledem im Susgebiet festsetzen, fand eine weitere Bestärkung durch die neu-belebten Hoffnungen der Alldeutschen.

Diese Kreise haben es Herrn von Kiderlen sehr verdacht, daß er ihre Neigung zu extravaganten Treibereien und zu Mißverständnissen in dieser Richtung etwas skrupellos in den Dienst seiner Politik stellte und sie als Springer und Läufer in seinem diplomatischen Schachspiel verwendete. Ihr Groll darüber ist begreiflich; aber warum ein guter Diplomat in dieser argen, sündhaften Welt dieses überall und jederzeit gebrauchte Mittel grundsätzlich verschmähen sollte, ist nicht recht einzusehen. Selbst wenn man jedoch aus verschiedenen Gründen meint, daß Herr von Kiderlen das besser vermieden hätte, so hätten doch gerade die Alldeutschen allen Grund, ihm mildernde Umstände zuzubilligen, da sie in ihrer Agitation anläßlich der so besonders schwierigen Marokkofrage viele Jahre hindurch mit mindestens gleicher Skrupellosigkeit über die loyalen und authentischen Aufklärungen der Regierung hinweggegangen sind und immer wieder versucht haben, unsere Politik in eine andere Bahn zu drängen, als von Anfang an vorgezeichnet war. Herr von Kiderlen hatte jedenfalls seinen Zweck erreicht, den Franzosen begreiflich zu machen, daß eine weitgehende Gewährung ihrer Wünsche in Marokko ein erheblich größeres Maß von Entgegenkommen und gutem Willen auf deutscher Seite bedeutete, als man in Frankreich bis dahin geglaubt hatte. So konnte er eine entsprechende Kompensation fordern.

Auch um diese Kompensationsfrage haben die in der Marokkofrage leider chronischen Mißverständnisse einen Schleier von Dichtung gewoben. Man hat die Sache so dargestellt, als ob wir schönes, fruchtbares Land in Marokko gegen unbrauchbare, pesthauchende Sümpfe im Kongoland ausgetauscht hätten. Nur schade, daß wir dieses Land in Marokko nie besaßen und auch nie ein Recht darauf gehabt haben. Was wir Frankreich gegeben haben, war nicht ein Land, sondern ein von uns selbst nie geübtes und überdies für uns wertlos gewordenes, von Frankreich aber erst zu realisierendes Recht.

Es konnten hier nur die wesentlichsten Punkte der Frage berührt werden. Daß im einzelnen mancherlei geschehen ist, worüber die Meinungen auch der Eingeweihten auseinandergehen werden, liegt auf der Hand. Den Anhängern einer deutschen Eroberungspolitik in Marokko wird natürlich niemand das Recht bestreiten können, zu beklagen, daß die deutsche Politik ihren Wünschen nicht gefolgt ist, und noch viel weitere Kreise werden die unglückliche Fügung überhaupt bedauern, daß wir uns mit Marokko befassen mußten. Das sind an sich berechnete Ansichten. Aber auch diese entbinden den besonnenen Beurteiler nicht von der Pflicht, die tatsächlich und konsequent befolgte deutsche Marokkopolitik in ihrem ganzen Zusammenhange, losgelöst von dem Wust von Erdichtungen, Mißverständnissen und falschen Schlüssen, zu betrachten und sich auch aus den Darstellungen von der anderen Seite — etwa von Lardieu oder

aus dem französischen Selbstbuch — zu überzeugen, wie wenig die oft in patriotischem Ärger hingeworfene Behauptung von der Überlegenheit der französischen oder englischen Politik und Diplomatie zutrifft. Die aus solchem Studium gewonnenen Eindrücke werden manches Vorurteil beseitigen und der Schulung des politischen Urteils auch in anderen Fragen zum Vorteil gereichen.



Der heutige Stand des Leib=Seele=Problems

Von Elise Wentscher=Bonn a. Rh.



u den grundlegendsten philosophischen Problemen, die zugleich auch ein allgemeineres Interesse beanspruchen dürfen, gehört die Frage nach den Beziehungen von Geist und Materie, nach dem Verhältnis von Seele und Leib. Alle Erfahrung, die aus der Außenwelt in unser Bewußtsein dringt, alles Material, das wir durch unsere Sinne aufnehmen, ist ja ein Beweis, daß eine Berührung oder doch irgend ein Konnex der materiellen und der Bewußtseinswirklichkeit besteht; denn die Sinneswahrnehmungen sind nichts anderes als die seelische Spiegelung von Vorgängen der Außenwelt. Und umgekehrt: wenn wir wollend die geringsten Veränderungen in der Außenwelt hervorbringen, ja wenn unser Wille auch nur unseren eigenen Arm bewegt, so hat diese Tatsache die andere zur Voraussetzung, daß an eine seelische Regung bestimmte physiologische und physikalische Veränderungen gesetzmäßig geknüpft sind. Darum hat der „gemeine Menschenverstand“ es stets als selbstverständlich vorausgesetzt, daß in der Sinneswahrnehmung der Körper auf die Seele und in den Willenshandlungen umgekehrt die Seele auf den Körper wirke, daß Leib und Seele also in einem gesetzmäßigen Wechselwirkungszusammenhange stehen.

Sollte diese naive Voraussetzung aber vor der wissenschaftlichen Auffassung zu Recht bestehen? Wie kann so Wesensverschiedenes, wie Leib und Seele, aufeinander wirken? Dieses Bedenken, ja die Überzeugung von der Unmöglichkeit einer solchen Wechselwirkung hat im Beginn der neueren Philosophie grundlegendsten Einfluß auf die Gestaltung der größten Gedankenysteme gehabt. Sie hat Spinozas Parallelismus, den Okkasionalismus eines Geulincx und Malebranche und schließlich Leibniz' Lehre von der prästabilierten Harmonie hervorgetrieben. Denn der Grundgedanke aller dieser Systeme ist bestimmt durch den Versuch, die Beziehungen der Außenwelt und des Bewußtseins auf anderem als kausalem Wege zu deuten.